



GdP-Beirat tagte und hat nachhaltige Konzepte beschlossen



Zu einer außerordentlichen Beiratssitzung hatte die hessische GdP neben dem Landesvorstand alle Kreis-, Bezirks- und Personengruppenvorsitzenden eingeladen. Zwei zentrale Punkte sollten auf der Sitzung behandelt werden. Dies waren zum einen die Nachbesetzung einer freien Funktion im geschäftsführenden Landesvorstand und zum anderen die Vorstellung des Konzepts für die Personalratswahlen im kommenden Jahr.



Stellv. Landesvorsitzender Ewald Gerke

Ewald Gerke, der in Vertretung des Landesvorsitzenden Andreas Grün die Sitzung führte, zog zunächst die gewerkschaftliche Bilanz des letzten halben Jahres. Bestimmendes gewerkschaftliches Thema war zwei-

felsohne die Tarifverhandlung Mitte April in Dietzenbach. Im Vorfeld der Verhandlungen meldete sich Innenminister Beuth bei Andreas Grün und regte an, dass man die Höhergruppierungsproblematik bei der Wachpolizei im Rahmen der Tarifverhandlungen einvernehmlich vereinbaren könne, was auch geschah. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen sieht vor, dass grundsätzlich die, die jetzt in der EG 6 sind nach EG 8 und die, die in der EG 8 sind, nach EG 9 kommen können. Um persönliche Nachteile auszuschließen, muss sich jeder WaPol die Sache ausrechnen und einen Antrag stellen. Die Anträge, die aufgrund des „Hamburger Urteils“ gestellt wurden, bleiben davon unberührt.

Das nächtlich abgeschlossene Tarifergebnis ist vergleichbar mit der TdL. Zwei Prozent in diesem und 2,4 Prozent im kommenden Jahr. Für die Auszubildenden wurde viel erreicht, und bei der VBL wurden die einseitigen Eingriffe durch den Arbeitgeber verhindert. Unterm Strich: ein akzeptables Ergebnis.

Verordnete Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten

Bei der Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich

sieht es allerdings bitter aus. Die schwarz-grüne Landesregierung hält nach wie vor an der NULLRUNDE fest. Auch die beeindruckende Demo am 16. 6. 2015 in Wiesbaden konnte die Landesregierung bis jetzt nicht umstimmen.

Ein fataler Fehler, ein Totalversagen der schwarz-grünen Politiker **mit gravierenden Folgen für die Zukunft!** Wir erfahren die Auswirkungen schon jetzt hautnah. Es wird immer schwieriger, die freien Stellen durch geeignete Bewerber zu besetzen. Nicht nur dass der demografische Wandel uns derzeit schon eingeholt hat, er hat uns schon fast überholt. Die verantwortlichen Politiker ziehen daraus nicht die erforderlichen Konsequenzen. **Wir fragen uns: Wer berät eigentlich unseren Innenminister in diesen so wichtigen Fragen?**

Wir stellen fest, dass die Bundesländer rund um Hessen mittlerweile ca. 300 Euro in einer Besoldungsgruppe höher liegen. **Hessen ist das einzige Bundesland, in dem das Tarifergebnis 2015 nicht auf die Beamten übertragen wurde.** Keine andere Landesregierung geht so provokant und desavouierend mit ihren Bediensteten um. Das sind handfeste Argumente, die Bewerber lieber in die benachbarten Länder gehen las-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

sen. Auch die 42-Std.-Woche verstärkt diese Unattraktivität immens. Der bayerische Innenminister ist drauf und dran, im Schichtdienst die 35-Std.-Woche einzuführen – und Hessen?

Schuldenentwicklung in Hessen

Betrachten wir einmal die Schuldenentwicklung in Hessen: Im Jahr 2000 hatte Hessen 22,5 Milliarden Euro Schulden. Im letzten Jahr waren es bereits 41,5 Milliarden Euro. Das zeigt, dass die CDU in den letzten 15 Jahren ihrer Regierungsverantwortung keine verantwortungsvolle Haushaltspolitik betrieben hat. Fast 20 Milliarden Euro mehr Schulden. In dieser Zeit haben wir abgespeckte Tarifübertragungen, Nullrunden oder zeitlich verzögerte Tarifübertragungen erhalten. Alles diente ausschließlich zur Konsolidierung des Landeshaushaltes.

Fehlstellenproblematik

Die Fehlstellenproblematik mit all ihren Facetten ist das größte Problem, das die hessische Polizei hat. Gerade wir als GdP haben seit Jahren auf die Folgen des sorglosen Umgangs mit dem demografischen Wandel hingewiesen. Oftmals wurden wir als Schwarzmaler oder Panikmacher hingestellt. Die derzeitige Lage gibt uns Recht. Aber was haben die Kolleginnen und Kollegen im Streifenwagen, in den Ermittlungsgruppen oder Kommissariaten davon?

- **Mehr Belastung,**
- **höheren Vorgangsdruck,**



Lars Elsebach (rechts) von der BZG Nordhessen und Peter Horlacher (links) von der BZG Frankfurt vertreten Hessen im Bundesfachausschuss Kripo.

- **weniger ausreichende Erholungsphasen,**
- **3,5 Millionen Überstunden.**

Und getoppt wird das Ganze noch mit der Motivationsbremse „NULL-RUNDE“. Die ständig steigenden Krankenraten sind das Ergebnis dieser dauerhaften Überlastung und kündigen den bevorstehenden Kollaps an.

Schauen wir mal in die Zukunft und betrachten, was auf die hessische Polizei belastungsmäßig zukommen wird:

- Großeinsatzlagen wie z. B. 25 Jahre deutsche Einheit.
- Die Fußballsaison beginnt (Hessen hat mit der Eintracht und Darmstadt zwei Vereine in der ersten Liga. Selbstverständlich dürfen auch die personalintensiven Spiele anderer Ligen, insbesondere die der Offenbacher, nicht vergessen werden).



Jens Mohrherr berichtete über aktuelle Fragestellungen aus dem Hauptpersonalrat.

- Politisch/religiös motivierte Gewalttaten nehmen ständig zu.
- Die Flüchtlingsproblematik (wenn in diesem Jahr etwa 45 000 Flüchtlinge in Hessen erwartet werden und ein Großteil binnen weniger Wochen abgeschoben werden soll, weiß jeder von uns, was das für die Polizei bedeutet. Ob ich z. B. Büdingen, Neustadt, Kirchhain oder jetzt auch Rotenburg nehme. Die dortigen Polizeistationen sind aufgrund ihrer geringen Personaldecke dafür nicht ausgelegt. Auch liegen sie geografisch so, dass Unterstützungskräfte etwa eine halbe Stunde oder mehr benötigen, um am Einsatzort einzutreffen).

Auch hier werden wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder ein-



Peter Wittig macht ergänzende Angaben zu den Auswirkungen des DRMod2.

mal alleingelassen. Wie sagten Polizeiverantwortliche bei einer Bürgerveranstaltung in Rotenburg: „Wir wollen erst mal die Lagebilder auswerten und können dann immer noch reagieren.“ **Das ist unverantwortlich.**

Wir können und dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen nicht alleine lassen. Mit einer deutlichen Polizeipräsenz gilt es, auch hier von Anfang an Flagge zu zeigen, denn **Vorsorge ist die beste Fürsorge.**

Mit Müh und Not haben wir die 445 vorgesehenen Einstellungen für den Herbst 2015 erreicht. Was diese Zahl natürlich relativiert, ist der Umstand, dass etwa zehn Prozent die Ausbildung nicht zu Ende bringen. Diese etwa 50 Anwärter, die im Laufe der Ausbildung die Polizei wieder verlassen, können nicht von vornherein berücksichtigt werden, d. h., wir laufen dieser Fehlstellenzahl wieder einmal hinterher.

Seit längerer Zeit schleppen wir auch die Ungerechtigkeit infolge der Umstellung der Dienstalters- in Erfahrungsstufen mit uns herum. Wir als GdP sind wieder einmal die Einzigen, die dieses Feld beharrlich beackern. Es zeichnet sich derzeit eine Lösung ab, die die meisten Umstellungs-Ungerechtigkeiten beseitigen.

Nicht nur das haben die Polizeibeschäftigten zu ertragen, sondern auch die Folgen aus den Anträgen aufgrund altersdiskriminierender Bezahlung. Das BVerwG hat vor einiger Zeit entschieden, dass ein Betrag von 100 Euro/Monat ein angemessener Ausgleich ist. Was macht das Land: Es prüft und prüft und prüft – wahrscheinlich nur mit dem Hintergedan-



BEIRAT



Neue Akteure: Ewald Gerke (Bildmitte) stellte v. l. Katrin Kuhl, KG PTLV, Karin Schäfer, BZG Ffm, und Conny Jehnert, KG Fulda, vor, die allesamt am Mentoringprogramm der GdP teilgenommen haben und jetzt maßgebliche Positionen in der GdP begleiten.

ken, sich vor einer Zahlung zu drücken.

Personalratswahlen 2016

Die Personalratswahlen im Mai 2016 werfen ihre Schatten voraus. Für die Personalräte in den Polizeibehörden und im Innenministerium müssen mitunter neue Kandidaten gefunden werden, die diese interessante und spannende Tätigkeit übernehmen wollen. Aber auch die Frage, mit welcher Strategie die GdP in den Personalratswahlkampf geht, wurde umfassend diskutiert und beraten. Zum Ende der Diskussion waren sich alle einig, dass die GdP ein Konzept gefunden hat, das bei den Kolleginnen und Kollegen ankommt. Der kreierte Wahlslogan „**Gemeinsam stark für deine Zukunft**“ drückt aus, was die GdP in der kommenden Personalratsperiode anstrebt. Eines ist jedoch jetzt schon sicher: Nur mit einer hohen Wahlbeteiligung haben die Personalräte ausreichend Rückenwind, um die Beschäftigteninteressen bei den Behördenleitungen durchzusetzen. **Fazit: Geht wählen! Wählt die GdP!**

Nachbesetzung

Der auf dem letzten Landesdelegiertentag in Marburg in den geschäftsführenden Landesvorstand (gLBV) gewählte Swen Eigenbrodt aus Südhessen hat vor wenigen Wochen aus persönlichen Gründen das Wahlamt niedergelegt. Für die Zeit



Karin Schäfer von der BZG Ffm wurde in den gLBV gewählt.

seines Engagements sagt der Landesvorstand Danke! Dadurch ist jedoch die Funktion eines gleichberechtigten Mitglieds im gLBV frei geworden,

wofür der Landesvorstand Karin Schäfer (BZG Frankfurt) vorschlug. Die Frankfurter Bezirksgruppenvorsitzende Karin Schäfer wurde einstimmig gewählt. Im gLBV wird Karin Schäfer u. a. der Rechtsschutzkommission angehören und diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen.

Durch die Amtsniederlegung von Swen Eigenbrodt wurde auch der Beisitz für den bundesweiten „Fachausschuss Kriminalpolizei“ frei. Lars Elsebach, BZG Nordhessen, übernimmt als bisheriger Vertreter im FA Kripo diese Funktion des ständigen Vertreters. Als neues stellv. Mitglied im Fachausschuss wurde Peter Horlacher (BZG Frankfurt) einstimmig gewählt.

Schiedsordnung

Im Anschluss an die Wahlen stellte Landeskontrollausschussvorsitzender Georg Otto die **neue Schiedsordnung** vor. Diese wurde auf dem letzten Bundesdelegiertentag verabschiedet. Das Schiedsgericht kann von Organisationen und Organen angerufen werden, jedoch nicht von Einzelmitgliedern. Bis zum nächsten Landesdelegiertentag im Jahre 2018 übernimmt der Landesbezirkskontrollausschuss diese Aufgabe.

Abschließend stellte der Geschäftsführer der GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden die Angehörigen der Geschäftsstelle sowie deren Aufgabengebiete vor.

Ewald Gerke, stellv. Landesvorsitzender



Blick in die Runde



1. Blaulicht-Milieu-Party in Kassel · 10.9.2015

Wer feiert?

Alle Kolleginnen und Kollegen von...

Schutz-/Kriminalpolizei des Polizei präsidium Nordhessen, Bereitschaftspolizei, Studenten der HfPV Standort Kassel, Bundespolizei, Zoll, Justiz, Rettungsdienst, Krankenhaus & die Berufsfeuerwehr Kassel.

Mit Livemusik!

19:30 Uhr Soloact Rock/Pop von **Creasy** mit Gitarre und Vocals

21:30 Uhr legt Kassels Vorzeige **DJ Marco Leistner**/alias **Kempinski** für uns auf.

Wo?

Strandbar Kassel (am Buga-See)
34121 Kassel · Damaschkestr. 51

Wann?

Donnerstag, 10. September 2015
Start ist 19:00 Uhr



Kartenverkauf

Ab sofort Vorverkauf: 4,-€

An der Abendkasse: 9,-€
(Anzahl der Karten ist begrenzt!)

Vorverkaufsstellen

- **Polizeipräsidium Kassel:** 34117 Kassel · Grüner Weg 33
Personalratsbüro: Tel.: 05 61 / 91 01 012, Kollege Ruppel
- **4. Bereitschaftspolizeiabteilung, Fahrzeugwesen:**
34134 Kassel-Niederzwehren · Frankfurter Str. 365
Tel.: 05 61 / 48 06 150, Kollege Vollmer
- **„Loh-Kaserne“ in Baunatal-Rengershausen K73:**
Tel.: 05 61 / 91 03 616, Kollege Möhring



**JUNGE
GRUPPE**

Gewerkschaft der Polizei

Veranstalter:

Gewerkschaft der Polizei (Landesbezirk Hessen) · BZG Nordhessen
JUNGE GRUPPE Nordhessen, Kontakt: 34117 Kassel · Grüner Weg 33
Personalratsbüro: Tel.: 0561-910 1012 · E-Mail: gdpppks@t-online.de

UNIFORM

Polizeidienstbekleidung in Deutschland

Unterschiede und Möglichkeiten

Polizei ist Ländersache. Dies ist seit Einführung der deutschen, unterschiedlich blauen Uniformen mittlerweile auch optisch klar sichtbar. Das ist nicht nur für Polizeibeamte nicht nachvollziehbar, sondern wird auch außerhalb der Polizei erkannt. Bernd Dörries bringt den Umstand im Mai 2010 in seinem Onlineartikel der Süddeutschen Zeitung mit dem Titel „Polizeiuniformen – Es zwickt im Schritt“ so schlicht wie treffend auf den Punkt, indem er feststellt: „Föderalismus kann Vielfalt bedeuten. Manchmal ist er einfach nur albern.“¹

Dieser Umstand ist zwar nicht zu ändern, die dadurch entstandene Vielfalt bietet über unsere hessischen Grenzen hinaus jedoch innovative Einblicke, die helfen könnten, unsere Dienstkleidung adäquat weiterzuentwickeln, um sie für den operativen Polizeidienst funktionaler zu gestalten.

Bild 1: Die starre Ausführung von Dienstgradabzeichen auf Unterbekleidung ist prädestiniert für schnellen Verschleiß (oben) und Beschädigungen (unten).



Der wichtigste Aspekt dabei sind die Uniformträger, ohne deren geäußertes Erfahrungswissen keine Verbesserung eintreten kann. Aus diesem Grunde entstand der hiesige Beitrag. Und an dieser Stelle der Ap-

pell an alle Leser: Wendet euch bei Ideen an die Projektgruppe. Denn fehlendes Feedback heißt Stillstand und Stillstand bedeutet Rückschritt (in Anlehnung an Erich Kästner).

Teil 1: Die hessischen Dienstthemden

Sie wurden vom Schnitt und der Ausführung her 1:1 unverändert von der alten, grünen Uniform übernommen. Hier stellt sich unwillkürlich die Frage, ob man in der Entwicklungs- und Testphase der blauen Uniform keine Optimierungsmöglichkeiten gesehen hat. Dies bezieht sich weniger auf den eher „klassischen“ Schnitt, sondern rein funktional zunächst auf die Ausgestaltung der auf den Schultern befindlichen Dienstgradabzeichen. Deren starre Ausführung sorgte schon bei der grünen Uniform bei manch einem Träger für Unwohlsein, erst recht im Hinblick auf eine darüber getragene Schutzweste oder etwaige weitere Oberbekleidung. Auch im Praxistest beweist der wie ein Fremdkörper wirkende „Schulteraufsatz“ wenig Funktionalität, sodass man häufig verknickte/beschädigte oder verschlissene Schulterstücke feststellen kann (Bild 1), welche die

Fortsetzung auf Seite 6



Bild 2: Dienstgradabzeichen als Fremdkörper: Nach einem Verkehrsunfall, bei dem die Seitenairbags auslösten, wurde das Schulterstück gegen den Hals des Kollegen gedrückt.



Bild 3: Dienstgradabzeichen in Form von Stoffflaschen sind langlebiger, angenehmer zu tragen und bergen weniger Verletzungsrisiko.



¹ <http://www.sueddeutsche.de/leben/polizeiuniformen-es-zwickt-im-chritt-1.285963> (zuletzt online: 29. 1. 2015)



UNIFORM

Fortsetzung von Seite 5

Optik der Uniform deutlich verschlechtern und früher oder später zwangsläufig zu einer vermeidbaren und unnötig Kosten verursachenden Ersatzbeschaffung führen.

Dass auch aus Eigensicherungsgründen die Ausgestaltung der Dienstgradabzeichen relevant werden kann, erwies sich Ende September 2014 im Rahmen eines Verkehrsunfalls während einer Einsatzfahrt. Die durch den seitlichen Aufprall ausgelösten Airbags stießen dabei mit voller Wucht gegen das ihnen zugewandte Dienstgradabzeichen und schoben es gegen den Hals des Beamten. Dabei wurde u. a. das spitz zulaufende Ende beim Auftreffen auf den Hals deformiert und die Nähte des Hemdes rissen ein (Bild 2). Durch glückliche Fügung wurde der Träger dabei nicht weiter verletzt.

Stoffflaschen, wie sie die restlichen Bundesländer fast alle eingeführt haben, sind im Dienstgeschehen grundsätzlich angenehmer zu tragen (Bild 3). Zumal die aktuelle und starre Ausführung auch für Verschleiß und Beschädigungen prädestiniert ist und unter ungünstigen Umständen eine Verletzungsgefahr darstellen kann.

Auch die aktuelle hellblaue Farbgebung erscheint für die operative Dienstverrichtung nicht sonderlich vorteilhaft. Im Hinblick auf ein zu helles Blau vertrat man jedenfalls schon 1975 im Hinblick auf die Streifenwagenfarbe die Ansicht: „Ein mittleres oder helles Blau wird, weil zu lieblich, nicht als polizeigerecht empfunden.“² Auf die heutige Praxis als Oberbekleidungsfarbe lässt sich diese Er-



Bild 4: Zu helle Bekleidung begünstigt eine schmutzige Optik erheblich und sorgt bei häufig nicht mehr auswaschbaren Flecken für eine unnötig vorzeitige Entsorgung.

kenntnis durchaus übertragen. Zudem stellt sich die dadurch bedingte starke Schmutzanfälligkeit als störend heraus und zeigt sich daher als nicht adäquat für den täglichen Dienst auf der Straße, wie man immer wieder an verschmutzten Hemden feststellen kann. Dabei ist unter Praktikern bekannt, dass operative Tätigkeiten oft mit einer erhöhten Schmutzanfälligkeit verbunden sind. Die Bandbreite der „Schmutzquellen“ ist dabei breit gefächert. Begonnen bei Kugelschreiber- und Schweißflecken über Schmauchspuren durch die Dienstwaffe nach absolviertem Schießtraining oder möglichen Ölflecken beim Holstern zu Dienstbeginn bis hin zu Blütenstaub/Pflanzensaft beim gegebenenfalls notwendigen

Durchqueren einer Hecke im Einsatzgeschehen oder auch Blutspritzern: So vielfältig wie sich der operative Dienst bei der Polizei darstellt, so wahrscheinlich sind Verschmutzungen für die getragene Bekleidung (Bilder 4 und 5). Im Hinblick darauf ist es nicht nachvollziehbar, besonders helle und Flecken begünstigende Farben zu verwenden.

Ein gleichfarbiges Dunkelblau von Ober- und Unterbekleidung bietet aber noch einen weiteren Vorteil, wie man bei der Uniform des „Nordverbundes“ immer wieder anschaulich feststellen kann: Unabhängig von der gewählten Oberbekleidung erzielt man selbst bei unterschiedlich angezogenen Beamten an gemeinsamen Einsatzstellen trotzdem noch eine größtmögliche optische Einheitlichkeit.

Nils Döring



Bild 5: Im Sommer kein seltenes Bild: verschwitzte Hemden beim Ablegen der Schutzweste, da sich die Schweißflecken durch das zu helle Blau besonders stark zeigen.

² „Minzgrün und Weiß – die neuen Polizeifarben“ erschienen in „IPA Aktuell“, Ausgabe März 1975, IPA Deutsche Sektion e.V., Bexbach

Termine

Cops After-Work-Party, Frankfurt,
12. 9. 2015

Ball der Polizei, Frankfurt,
24. 9. 2015



ALKOHOL ALS SICHERHEITSRISIKO

Podiumsdiskussion mit Innenminister Peter Beuth



Diskutanten in der Podiumsrunde von links: Innenminister Peter Beuth, Moderator Mathias Gubo, Lothar Hölzgen und Norbert Sudhoff von der Barmer GEK

Bei der Frage, inwieweit Alkohol und die Teilnahme am Straßenverkehr zusammenpassen, lässt die Gewerkschaft der Polizei keinen Zweifel daran, dass dies nicht miteinander vereinbar ist.

Zum jüngsten Verkehrsgerichtstag in Goslar (Januar 2015) hat sich die GdP erneut stark positioniert und eine Absenkung der Promillegrenze für Radfahrer auf 1,1 Promille gefordert. Der aktuell geltende Wert von 1,6 Promille liegt weit jenseits eines Blutalkoholspiegels, der eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr möglich macht.

Neuste rechtsmedizinische Untersuchungen haben gezeigt, dass bei Fahrradfahrern im Bereich von 0,8 bis 1,1 Promille eine signifikante Zunahme von „groben“ Fahrfehlern auftritt.

Auch in seinem neusten Positionspapier, „Verkehrspolitisches Programm der GdP“, haben wir noch einmal unsere Forderung erhoben: „Kein Alkohol am Steuer!“

Fahren unter Alkoholeinfluss ist nach wie vor eine der Hauptunfallursachen im Straßenverkehr und für

jeden zehnten Verkehrstoten verantwortlich.

Grund genug für die GdP, sich hier klar zu positionieren und diesen Leitgedanken in die Podiumsdiskussion mit einzubringen.

Die Guttempler Hessen haben zu der Podiumsdiskussion am 2. Juli in Taunusstein-Wingsbach eingeladen. Die Zusammensetzung auf dem Podium – Politik, Gewerkschaft, Krankenkasse und nicht zuletzt ein Vertreter der Guttempler – versprachen einen interessanten Austausch.

Die Guttempler

Hilfe für Suchtkranke und ihre Angehörigen steht auf der Titelseite der Homepage. Die Guttempler haben sich mit aller Kraft den Suchtkranken selbst, aber auch den Angehörigen verschrieben, helfen und unterstützen die Menschen, die durch eine Sucht in Not geraten sind. Sie selbst bilden eine Gemeinschaft „alkoholfrei lebender Menschen“, deren Prin-

zipien auf die menschlichen und demokratischen Grundprinzipien aufbauen.

In der Diskussion hat sich der Vorsitzende der Guttempler Hessen, Horst Wassum, klar an der Seite der GdP positioniert. Die Forderung nach einem höheren Steuersatz für Alkohol hat er deutlich in den Vordergrund geholt, auch die Verfügbarkeit von Alkohol sollte deutlich eingeschränkt werden. Im Ranking innerhalb der OECD-Staaten rangiert Deutschland nach seinen Angaben auf Platz 5 mit einem Pro-Kopf-Alkoholkonsum von 135,4 Litern. Die Politik hat Horst Wassum zum Handeln aufgefordert.

Innenminister Peter Beuth

Die besondere Bedeutung der Präventionsarbeit stand in der politischen Darstellung von Innenminister Beuth ganz oben. Diese Auffassung teilten alle Podiumsteilnehmer und

Fortsetzung auf Seite 8



ALKOHOL ALS SICHERHEITSRISIKO

Fortsetzung von Seite 7

die interessierten Zuschauerinnen und Zuschauer.

Eine enge Vernetzung und Präventionsarbeit an den Schulen hält Innenminister Peter Beuth für sehr sinnvoll und möchte einen solchen Weg gerne unterstützen.

Steuererhöhungen für Alkoholika, um dem Alkoholmissbrauch entgegenzuwirken, erteilt der Innenminister eine recht deutliche Absage. Er hält einen solchen Weg für kein geeignetes Steuerungselement. Einschränkungen sollten generell nicht zu drastisch vorgenommen werden. Auch einer von der GdP geforderten „0“-Promille-Grenze steht er eher skeptisch gegenüber und verweist in diesem Zusammenhang auf Unfallstatistiken aus den Länder, in welchen ein solches Alkoholverbot am Steuer bereits gilt.

Norbert Sudhoff, Barmer GEK

Mit einigen wenigen Zahlen macht der Landesgeschäftsführer der Barmer GEK deutlich, dass sich jegliches

Engagement im Kampf gegen Alkoholmissbrauch lohnt.

Demnach wird die Gesellschaft jährlich mit rund 27 Milliarden Euro durch die Alkoholsucht belastet. Hiervon entfallen alleine 7,5 Milliarden Euro auf den Gesundheitsbereich.

Die Barmer GEK in Hessen musste im vergangenen Jahr Kosten für rund 700 Patienten nach „Komasaufen“ übernehmen, eine besorgniserregende Entwicklung. Norbert Sudhoff bot bei dieser Gelegenheit an, die Guttempler bei ihren Bemühungen weiter zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk richtete auch er auf die Prävention an Schulen.

Wege gemeinsam gehen

Ein Artikel in der Frankfurter Allgemeine vom 4. August 2015 wird übertitelt mit „**Süchtige kosten die Gesellschaft 60 Milliarden Euro**“.

Es wird festgestellt, dass die deut-

sche Alkoholsteuer seit fast 30 Jahren nicht mehr erhöht wurde und zugleich mit die niedrigste in der europäischen Union ist – ganz im Gegensatz zur Umsatz- oder Einkommensteuer. Im Zusammenhang mit dieser Feststellung wird in einem Zitat von Prof. Dr. Michael Adams besonders deutlich, warum es so nicht weitergehen kann:

„Damit sagen wie quasi den Leuten: Sauft so viel ihr könnt, während wir Arbeitnehmern so viel abknöpfen, dass es sich kaum mehr lohnt zu arbeiten.“

Für uns als GdP sind die Leitlinien klar definiert. Der gesamtgesellschaftliche Schaden durch Alkoholmissbrauch ist immens und fordert Anstrengungen in allen Bereichen. Hier müssen sich die politisch Verantwortlichen dem gesamten Themenkomplex stellen und erforderliche Veränderungsprozesse einleiten.

„Alkohol und eine Teilnahme am Straßenverkehr passen nicht zusammen“

Lothar Hölzgen

JUBILARE & STERBEFÄLLE

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum:

Rene Pfeiffer
Markus Jäger
Jens Schmittberger
Edgar Wirth
Kreisgruppe Büdingen
Karl-Heinz Beiser
Klaus Fickel
Uwe Heilmann
Susanne Mimler
Bezirksgruppe Frankfurt

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum:

Harry Cloes
Bernd Giebel
Thomas Ribka
Hartmut Schiefke
Bezirksgruppe Frankfurt

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum:

Heinz Pauly
Kreisgruppe Büdingen

Es starben:

Andreas Gugenmus
Kreisgruppe Offenbach
Jürgen Iflinger
Kreisgruppe Wiesbaden
Werner Frölich
Arthur Unger
Karlheinz Born
Jürgen Proschinger
Bezirksgruppe Frankfurt
Peter Pensky

Kreisgruppe Kassel
Günter Köhler
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar
Jürgen Windemuth
Kreisgruppe Werra-Meißner
Erich Humpf
Kreisgruppe HLKA
Wolfgang Röhm
Kreisgruppe PTLV

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Markus Hüschenbett (v.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

